SCHLAG LICHT

Lauter Zumutungen

ADOLF SCHARF

Tennengaus Bürgermeister sind verärgert. Jede Last, die vom Bund Richtung Gemeinden abgeschoben werden kann, wird auch dorthin abgeschoben. Sie empfinden es etwa als gehörige Zumutung, auch noch beim Tennengau-Takt aus eigener Tasche dazuzahlen zu müssen. Im Besonderen Halleins Bürgermeister Christian Stöckl kann nicht verstehen, dass der Bund die Gemeinden nicht nur diesbezüglich so hängen lässt.

Szenenwechsel: In der Gemeinde Oberalm soll ein Gewerbegebiet entstehen. Stöckl empfindet es als Zumutung, dass sein Amtskollege Rudolf Schürer zum einen ein solches plant und zum anderen durch den Bau einer Zufahrtsbrücke indirekt Halleiner Gemeindebürger lärmbelästigt.

Schürer braucht das Gebiet, sagt er. Sein Argument ist dem Stöckls in Bezug auf den Tennengau-Takt übrigens im Grunde nicht unähnlich. Der Oberalmer Bürgermeister sieht, dass sich der Bund finanziell zunehmend zurückzieht und hält „Tennengauer Eigeninitiative" dagegen. Seine These: Jede Gemeinde müsse in Zukunft schauen, genug Eigenkapital zur Verfügung zu haben. Denn auf den Bund sei kein Verlass mehr – das ist sicher.

Eine neue Kampfarena scheint eröffnet. Die Gemeinden sind, natürlich überspitzt formuliert, aufeinander losgelassen.

Alle 13 Bürgermeister drohen mit Kündigung

Der „Tennengau Takt" ist in Gefahr. Sollten Bund und Land die Zuschüsse zum Verkehrsnetz wie geplant senken, wollen Tennengaus Gemeindevorsteher in Zukunft ohne Takt auskommen. „Es kann nicht sein, dass sich der Bund finanziell ständig zurückzieht", sagt Bürgermeister-Vorsitzender Christian Stöckl.

ADOLF SCHARF

HALLEIN. Im Tennengau-Takt klafft ein 120.000 Euro-Loch. Und niemand, so scheint es, ist gewillt, diese finanzielle Lücke zu schließen. Tennengaus Bürgermeister wollen die Last nicht übernehmen, Bund und Land auch nicht.

Die Vorsteher aller 13 Tennengauer Gemeinden haben nun beschlossen, den Takt aufzukündigen, sollte bis Ende September die Finanzierungslücke nicht geschlossen sein. „Der Beschluss ist einstimmig gefallen. Alle 13 Bürgermeister stehen hinter der Entscheidung", sagt St. Kolomans Bürgermeister Christian Struber, der zugleich Obmann des Regionalverbandes ist.

Der Finanzierungsschlüssel für das weitverzweigte Busnetz hat bislang so ausgesehen, dass der Bund 50 Prozent der Kosten, Land und Gemeinden je 25 Prozent übernommen hatten. Ab Jänner schraubt die Regierung die Zahlungen auf 33 Prozent zurück. Das Land signalisiert zudem keine Bereitschaft für den Restbetrag aufzukommen.

Die Entschluss des Bundes, Geld für den Takt zu streichen, sei überraschend gekommen, sagt Christian Stöckl, Halleiner Bürgermeister und Vorsitzender der Bürgermeisterkonferenz. „Die Verhandlungen fanden in einem guten Klima statt. Das Geld jetzt wurde während des Jahres gestrichen. Das darf eigentlich nicht sein".

Hallein investiert an die 70.000 Euro im Jahr in den Takt. 20.000 Euro müsste die Keltenstadt nun drauflegen, wenn der Bund weniger zahlt. „Das werden wir nicht tun", sagt Stöckl vehement. Und auch die übrigen Tennengauer Bügermeister, die ebenfalls zur Kasse gebeten würden, sind dieser Auffassung.

Wird es in Zukunft noch genügend Busverbindungen im Tennengau geben?

Bild: adi

Struber signalisiert freilich Sparwillen. Durch die Zusammenstreichung des Fahrplanes könnten Einsparungen vorgenommen werden, sagt er. „Die Tennengauer Gemeinden sind durchaus bereit, eine sinnvolle Straffung der Fahrpläne mitzutragen, aber es kann einfach nicht sein, dass sämtliche Kürzungen des Bundes immer zu Lasten der kleinsten Einheiten gehen." Er fordert vom Bund, dass er seine finanziellen Zusagen einhält. Und: Das Geld müsse auf fünf Jahre garantiert werden. „Wenn wir jedes Jahr zittern müssen, können wir nicht langfristig planen." Außerdem sollte das Geld künftig an den Index angebunden werden.

Tennengaus Bürgermeister, die in St. Koloman ihre diesjährige Konferenz abgehalten hatten, haben mit diesem Beschluss Kampfstimmung signalisiert. Sie appellieren zudem an das Land, die ausstehenden Kosten zu übernehmen. Denn der Bund scheint seinen „Fahrplan" Richtung 33 Prozent konsequent einzuhalten.

Sollte auf dem grünen Tisch keine Einigung erzielt werden, würde durch die Aufkündigung des Taktvertrages der Fahrplan zusammengestrichen werden. Weniger Busverbindungen im gesamten Tennengau wären die Folge. Die Wartezeiten für die Busbenützer würden länger werden.

Stöckl will dann aber die Bevölkerung wissen lassen, dass „das nicht unsere Schuld ist".

„Gewerbegebiet ist realistisch"

Halleiner Bürgermeister Christian Stöckl: „Bin dagegen"

HALLEIN, OBERALM (adi). Der Brückenbau von der Wiestal-Landesstraße über den Almbach zum möglichen Gewerbegebiet in Oberalm wird zum Zankapfel zwischen den Gemeinden Hallein und Oberalm.

Halleins Bürgermeister Christian Stöckl (ÖVP) spricht sich gegen die Anbindung des von Oberalms Bürgermeister Rudolf Schürer (SPÖ) geplanten Gewerbegebietes an die Landesstraße aus. Die Anrainer in Mariahilf seien ohnhin schon lärmgeplagt genug, sagt Stöckl. Zudem sei eine Tankstelle in diesem Gebiet. „Zustände wie in Kuchl oder Golling möchte ich nicht", so Stöckl. Er tritt deshalb für einen Autobahnanschluss im Zuge der ohnehin geplanten Spurenverbreiterung ein.

Schürer betont, dass es sich um ein rechtsgültiges Projekt handle. „Standortmäßig ist es ohnehin dort festgelegt." Es sei der einzige Platz, auf dem ein Gewerbegebiet möglich sei, so der Oberalmer Bürgermeister. Der Besitzer des Gebietes habe selbst um eine Umwidmung angesucht. Diesem Wunsch komme er nun nach. Zudem: Jede Gemeinde müsse sich in Zukunft finanziell absichern, sagt Schürer, denn der Bund sei immer weniger bereit, Geld abzugeben. Die Gemeinde Oberalm habe in den vergangenen zehn Jahren 300 Arbeitsplätze verloren, gibt er zu bedenken. Er bewertet die Chancen für das Gewerbegebiet mit gut.

Stöckl weiß, dass er rechtlich keine Handhabe gegen den Brückenbau zum Industrieareal Oberalm hat, weil die Straße nicht im Besitz der Stadt Hallein ist, dennoch wird er „politischen Druck machen", um es zu verhindern. Schürer will die Erschließung des Gebietes mit einem Verkehrskonzept verbinden.

Umweltschützer warnen indes davor, dass auch ein ökologisch wertvolles Areal, nämlich der Löwensternpark, mit der Erschließung bedroht werde.

Lob und Dank aus England

Busunglück am Dürrnberg: „Professionell geholfen"

HALLEIN. In Folge des Busunglückes am Dürrnberg wurden die Einsatzkräfte von unzähligen britischen Staatsbürgern mit viel Lob und Dank überschüttet. Sogar der britische Botschafter in Österreich lobte die Kräfte der Feuerwehren und des Roten Kreuzes.

Einige Wochen nach dem verheerenden Unglück liegen immer noch britische Insassen des Busses im UKH Salzburg. Darunter auch ein britischer Feuerwehroffizier. Dessen Arbeitskollege besuchte kürzlich die Halleiner Feuerwehr. Feuerwehrchef BR Otto Miller erklärte, dass es selbstverständlich sei, rasch zu helfen.

Kommandant Otto Miller bekam ein Gastgeschenk aus England als Dank für den Einsatz der Feuerwehr.

Bild: privat